

II— 1097 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 5. Juli 1972 No. 586/J

**A n f r a g e**

der Abgeordneten DVw. J o s s e c k, P e t e r  
und Genossen  
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend Presseaussendung vom 27. Juni 72 - H-Milch-"Almilesi"

Am 27. Juni 72 wurde dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Wege der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung (Hofrat Dozent Dr. Petuely) eine offene Parteienprobe, nämlich eine Packung H-Milch "Almilesi" der Provenienz Molkerei Royer OHG aus der Produktion vom 26. Mai 72 vorgelegt. In dieser offenen Parteienpackung befand sich neben Milch auch gut sichtbar metallisches Quecksilber.

Ohne einen amtlichen Vergleich bzw. eine Gegenprobe gezogen zu haben, wies daraufhin die Frau Bundesminister Prim. Dr. Leodolter Herrn Hofrat Dr. Petuely an, nachstehende Presseaussendung an die APA weiterzugeben:

"Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz teilt mit: In der Serie 526 von Selfpack-Packungen "Almilesi"-H-Milch können sich, wie aufgrund einer Probe festgestellt worden ist, gesundheitsschädliche Stoffe befinden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz empfiehlt vorsichtshalber den Verbrauchern, Milch der angegebenen Serie Nr. 526 nicht zu verbrauchen."

Die APA hat diese am 27. Juni um ca. 21 Uhr eingelangte ministerielle Aussendung an alle Kommunikationsträger, insbesondere Rundfunk und Fernsehen, weitergegeben, wo diese Mitteilung in ganz Österreich noch am gleichen und am nächsten Tag verbreitet wurde.

Am 28. Juni hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Landesgesundheitsdirektionen den Inhalt der APA-Aussendung im Dienstweg zur weiteren Veranlassung vorgelegt.

./.

- 2 -

Die einzelnen Landessanitätsdirektionen haben daraufhin verschieden reagiert, wobei die getroffenen Maßnahmen von der Sicherheitsverwahrung bis zur Beschlagnahme reichten.

Noch am 28. Juni fand im Erzeugerwerk Molkerei Royer OHG in Salliedt eine amtliche Untersuchung durch die Lebensmittelpolizei des Amtes der oberösterreich. Landesregierung, GZ. San/LP.1/112-1972, im Beisein eines Vertreters des Milchwirtschaftsfonds statt. Nach etwa achtsündiger Verhandlung wurde eine Niederschrift verfaßt, aus welcher hervorgeht, daß "ein Übergang von Quecksilber in die Verarbeitungsmilch ausgeschlossen erscheint." Dieses amtliche Untersuchungsergebnis wurde vom damaligen Verhandlungsleiter der Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Hofrat Dr. Petuely, telefonisch weitergegeben.

Am 29. Juni 72 erstellte die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien unter Anschluß eines Gutachtens von Hofrat Dr. Petuely beim Straßbezirksgericht Wien die Anzeige nach dem Lebensmittelgesetz (18 U 790/72). Im Gutachten von Hofrat Dr. Petuely wird ausgeführt, daß das in einer Packung H-Milch "Almiles" vorgelundene metallische Quecksilber nicht unmittelbar zu Vergiftungen führt. Eine unmittelbare Gefahr für den Verbraucher hat demnach auch aufgrund der in der zitierten Partienpackung vorgelundenen Quecksilbermenge nie bestanden.

Gleichzeitig mit dem Verfahren 18 U 790/72 - Straßbezirksgericht Wien wurden erstmals am 29. Juni 72 Erhebungen des Inhalts angestellt, daß das aufgelundene Quecksilber auch nach Öffnen der Packung in diese hineingelangt sein könnte. Diese Untersuchungen führten in der Folge zur Verhaftung einer Person wegen Verdachts des Verbrechens nach §§ 8, 134 StG. Die daraufhin stattgefundenen Enthaltung des Verdächtigen gründete unter anderem darauf, daß die in der zitierten offenen Packung H-Milch vorgelundene Quecksilbermenge für die Ausführung eines Mordes von vornherein untauglich war.

Aufgrund einer am 30. Juni 72 erfolgten telefonischen Absprache zwischen Staatsanwaltschaft Wien, Bundesanstalt für Lebensmittelversuche Wien und Straßbezirksgericht Wien, Geschäftszahl 18 U 790/72, wurde Hofrat Dr. Petuely beauftragt, eine Betriebsbesichtigung der Molkerei Royer OHG durchzuführen.

./.

- 3 -

Am 1. Juli 72 erschien Hofrat Dr. Petuely in Begleitung eines Beamten des Milchwirtschaftsfonds, einer Beamtin der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien und eines Beamten der oberösterreichischen Landesregierung, Abteilung Lebensmittelpolizei, unangemeldet im Herstellerwerk Molkerei Royer OHG in Salliedt. Dabei erklärte Hofrat Dr. Petuely, daß die erschienenen vier Personen im Auftrag des Straßbezirksgerichtes Wien eine sofortige Untersuchung der Betriebsanlagen vorzunehmen hätten.

Aus 18 U 790/72, Straßbezirksgericht Wien, geht lediglich die Bestellung Hofrat Dr. Petuely's zum Sachverständigen hervor, während die übrigen drei jeweils von einer anderen Behörde kommenden Mitglieder der Untersuchungskommission vom 1. Juli ohne ausdrückliche Deckung des Straßbezirksgerichtes Wien erschienen sind. Einen Gerichtsauftrag haben weder Hofrat Dr. Petuely noch die übrigen drei Mitglieder der Gerichtskommission den Firmeninhabern am 1. Juli 72 vorgewiesen.

Am 29. Juni 72 hat das Straßbezirksgericht Wien zu 18 U 790/72 einen Beschluß gefaßt, wonach die am 26. Mai 72 erzeugten und feilgehaltenen Milchpackungen "Almilesi" H-Milch gemäß § 143 StPO beschlagnahmt wurden. Der diesbezügliche Beschluß wurde zwar am 29. Juni 72 abgefertigt, jedoch erst am 3. Juli 72 den Behörden, welche mit den Lebensmittelagenden befaßt sind, zugestellt.

Die Untersuchung der Sachverständigenkommission vom 1. Juli 72 in der Molkerei Royer OHG hat ergeben, daß ein Einschluß von Quecksilber in eine H-Milch-Packung technisch ausgeschlossen ist. Hierbei sei erwähnt, daß der Sachverständige Hofrat Dr. Petuely die zu diesem Zeitpunkt amtlich bekannte Niederschrift des Untersuchungsergebnisses des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung vom 28. Juni 72, unter Decavouierung zweier Beamter, nämlich eines Herrn des Milchwirtschaftsfonds und eines Herrn des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, nicht zur Kenntnis genommen hat. Hofrat Dr. Petuely wiederholte vielmehr während der mehrstündigen Untersuchung, daß Quecksilber im Herstellerwerk in die Milch gelangt sein müsse.

Am 3. Juli 72 hat das Straßbezirksgericht Wien zu 18 U 790/72 die Beschlagnahmeverfügung vom 29. Juni 72 aufgehoben. Dazu wird bemerkt, daß de facto die Beschlagnahmeverfügung vom 29. Juni 72 infolge ihrer erst am 3. Juli erfolgten Zustellung ohne praktische Auswirkung geblieben ist.

- 4 -

Das Gesundheitsministerium hat die am 27. Juni 72 erlassene Pressesaussendung trotz Vorliegens des nunmehr in bezug auf das Herstellwerk Molkerol Royer OHG eindeutig geklärten Sachverhalts nicht widerrufen. Dem Erzeugerwerk ist dadurch ein in die Millionen gehender Schaden erwachsen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat weiters der Molkerol Royer OHG trotz wiederholt ergangener Aufforderung weder einen Bescheid noch sonst irgendeine amtliche Stellungnahme in dieser Sache zugehen lassen - dies bis heute.

Das Vorgehen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, aufgrund einer privaten Parteienprobe ohne amtliche Gegenprobe eine "Warnung" an die Bevölkerung zu erlassen und diese nach erwiesener Schuldlosigkeit des Erzeugerwerkes und trotz Kenntnis des entstehenden wirtschaftlichen Schadens nicht zu widerrufen, ist wohl einmalig und begründet zweifellos einen Tatbestand nach dem Amtshaftungsgesetz.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

#### A n f r a g e :

1. Warum wurde die Pressesaussendung über die Warnung vor Genuß von "Almilch"-H-Milch vom 27. Juni 72 nicht im gleichen Wege widerrufen?
2. Warum hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bis zum heutigen Tage trotz ergangener wiederholter Aufforderung der Molkerol Royer OHG keine Bescheidausfertigung über die getroffenen Entscheidungen zugestellt?
3. Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ergreifen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse auszuschließen und die Republik Österreich vor daraus resultierenden Amtshaftungsansprüchen zu bewahren?

Wien, 5. Juli 72